



Kiel, 19. April 2018
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 29. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 18. April 2018, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 342 a des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Information der Landesregierung zu den Vorwürfen gegen einen Mitarbeiter des „Weißen Ring“ in Lübeck wegen des Verdachts der sexuellen Belästigung von hilfeschuchenden Frauen anlässlich von Opferschutzberatungen

In einem öffentlichen sowie einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil berichteten Innenministerium, Justizministerium und Staatsanwaltschaft Lübeck. An den Bericht schloss sich eine Aussprache an.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/429](#)

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Der Ausschuss nahm in Aussicht, am Mittwoch, 25. April 2018, in der Mittagspause der Plenumsitzung die Beratung zu der Vorlage abzuschließen.

3. Kommunalen Wohnungsbau stärken - innovative Wohnkonzepte fördern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/462](#)

Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnraum weiter verbessern

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/478](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung der Vorlagen ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen von SPD und SSW empfahl er dem Landtag den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/462](#), zur Ablehnung. Den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/478](#), empfahl er dem Landtag bei Enthaltung der SPD einstimmig zur Annahme.

4. Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“

Der Ausschuss empfahl dem Landtag bei Enthaltung der AfD einstimmig, mit der in [Umdruck 19/846](#) enthaltenen Begründung zu beschließen, dass die Volksinitiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ unzulässig ist.

5. Entscheidung über die Zulässigkeit der Volksinitiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, die Zulässigkeit der Volksinitiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“, [Drucksache 19/663](#), festzustellen.

6. Terminplanung
[Umdruck 19/838](#) (neu)

Der Ausschuss beschloss die veränderte Terminplanung bis Ende 2018 ([Umdruck 19/838](#) (neu)).

7. Verschiedenes

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Aktenvorlage der Landesregierung zum Thema „Rockerkriminalität“ zu dem Zeitpunkt zu beenden, zu dem die Landesregierung die Akten dem 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen wird.

8. Bericht der Landesregierung zu aktuellen Vorkommnissen in der Landesunterkunft Boostedt

Der Ausschuss nahm einen Bericht der Landesregierung entgegen, an den sich eine kurze Aussprache anschloss.

Schluss: 15:45 Uhr

gez. Dörte Schönfelder